

## **GSP.I-01** Kapitel 8: International zusammenarbeiten

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 24.08.2020  
Tagesordnungspunkt: GSP-I International zusammenarbeiten

### Antragstext

1 **Kapitel 8: International zusammenarbeiten**

2 **Frieden und internationale Ordnung**

3 (327) Die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur global lösen.  
4 Nachhaltige Politik bedarf vorausschauenden Handelns in internationaler Kooperation.

5 (328) Eine an Frieden, Freiheit, Solidarität, Menschenrechten und globaler Gerechtigkeit  
6 orientierte Politik braucht Bündnisse all derer, die an den Wert von Kooperation und die  
7 Stärke des Rechts in den internationalen Beziehungen glauben – gerade weil offene  
8 Gesellschaften immer stärker auch im globalen Systemwettbewerb mit autoritären Staaten und  
9 Diktaturen stehen. Multilaterale Zusammenarbeit in den internationalen Organisationen bleibt  
10 die beste Form, globale Politik zu gestalten.

11 (329) Es braucht eine internationale Ordnung, die auf der gerechten Verteilung globaler  
12 Ressourcen und auf verbindlichen Regeln fußt, die die Rechte von Einzelnen und von  
13 Kollektiven schützt, Konflikte verhindert oder gewaltfrei und zum Wohle der Allgemeinheit  
14 löst.

15 (330) Eine friedliche und gerechte Weltordnung erfordert starke Vereinte Nationen mit dem  
16 Ziel einer Weltinnenpolitik. Die Vereinten Nationen sind das zentrale Forum, um  
17 völkerrechtliche Normen zu entwickeln und sich auf weltgemeinschaftliche Ziele zu  
18 verständigen. Sie müssen gestärkt werden.

19 (331) Die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik ist unsere Brücke in die  
20 Zivilgesellschaften der Welt. Das Netzwerk ihrer Akteur\*innen schafft sichere  
21 Begegnungsräume für den kulturellen Austausch, Zugang zu Bildung und Wissen und übernimmt  
22 Verantwortung auch aus unserer Geschichte heraus. Sie ist wertegeleitete Außenpolitik auf  
23 individueller Ebene, die Frieden und Entwicklung, internationale Kooperation und Solidarität  
24 in den Mittelpunkt stellt.

25 (332) Zur Bearbeitung globaler Herausforderungen braucht es die Europäische Union als  
26 Friedensmacht, die sich ihrer Verantwortung in der Welt, besonders im Rahmen der Vereinten  
27 Nationen, bewusst ist und zum Prinzip der internationalen Kooperation steht. Dieser  
28 Verantwortung kann die EU nur gerecht werden, wenn sie nationale Spaltungen überwindet und  
29 gemeinsam handelt. Die Antwort auf die aktuellen globalen Herausforderungen ist eine stetige  
30 Vertiefung und Weiterentwicklung der EU, perspektivisch hin zu einer Föderalen Europäischen  
31 Republik.

32 **Europäische Union**

33 (333) Die Europäische Union ist Anker für Multilateralismus und demokratische Souveränität  
 34 in einer globalisierten Welt. Es gilt, das Versprechen der Europäischen Union auf eine  
 35 wertebasierte Politik nach innen und außen einzulösen. Bei Krisen gerät das Projekt EU immer  
 36 wieder unter Druck, die Nationalstaaten agieren ohne Absprachen und oft unsolidarisch.  
 37 Gerade in Krisen aber zeigt sich, dass die EU als Gemeinschaft stärker ist als jedes Land  
 38 für sich allein und dass die Europäische Union mehr ist als ein Binnenmarkt. Sie muss als  
 39 politisches Projekt weiterentwickelt werden.

40 (334) Es ist zentrale Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten, die Gräben in der Europäischen  
 41 Union nicht durch nationale Egoismen zu vergrößern. Es ist ihre Verantwortung, die  
 42 Handlungsfähigkeit der EU nach innen und außen zu verbessern.

43 (335) Die Europäische Grundrechtecharta, freie Binnengrenzen und europäische Freizügigkeit  
 44 sind Meilensteine der europäischen Einigung, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen.

45 (336) Auf Grundlage der gemeinsamen Werte braucht es ein gemeinsames strategisches  
 46 Bewusstsein der EU, das sich durch die verschiedenen Politikbereiche zieht. Indem die EU  
 47 mehr strategische Souveränität aufbaut, kann sie auch global Demokratie schützen und den  
 48 Klimaschutz voranbringen sowie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik an Menschenrechten und  
 49 Gemeinwohl orientierte Standards setzen.

50 (337) Mit dem größten Binnenmarkt der Welt hat die EU wirtschaftlich einen großen Einfluss.  
 51 Daraus erwächst die Verantwortung, diese Stärke für eine an Menschenrechten und Gemeinwohl  
 52 orientierte und regulierte Globalisierung einzusetzen, die Krisen verhindert, statt sie zu  
 53 verstärken. Wer ökologisch, sozial, transparent und menschenrechtskonform produziert, soll  
 54 davon einen Vorteil haben. Wer das Gegenteil tut, soll negative Konsequenzen spüren.

55 (338) Damit Herausforderungen nicht nur durch die eigene nationalstaatliche Brille  
 56 betrachtet werden und um gegenseitiges Verständnis zu stärken, braucht es einen  
 57 paneuropäischen Diskurs in einer europäischen Öffentlichkeit sowie eine paneuropäische  
 58 Zivilgesellschaft. Dafür sind nichtkommerzielle und europäisch geförderte Kommunikations-  
 59 und Begegnungsräume für alle Europäer\*innen notwendig – digital, über die klassischen Medien  
 60 und im direkten Austausch miteinander –, ebenso wie gemeinsame Organisationsformen wie  
 61 europäische Vereine und gemeinnützige Organisationen.

62 (339) Eine starke Europäische Union gibt es nur mit verstärkter Zusammenarbeit. Denn nicht  
 63 alle EU-Staaten wollen immer dasselbe zur selben Zeit. Die fehlende Einigung der EU-Staaten  
 64 oder die Blockadehaltung einzelner Staaten dürfen nicht zur Ausrede für kollektives  
 65 Nichthandeln werden. Deswegen müssen manche Mitgliedstaaten nächste Schritte eher gehen als  
 66 andere und in manchen Dingen gemeinsam vorangehen. Dabei ist immer sicherzustellen, dass das  
 67 Projekt der Europäischen Union als Ganzes nicht gefährdet wird und dass alle Mitgliedstaaten  
 68 sich jederzeit anschließen können. So kann es in einem Bündnis der europäischen Demokratien  
 69 auch gegen die nationalistischen Kräfte und Regierungen in Europa gelingen, das europäische  
 70 Einigungswerk fortzusetzen sowie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken.

71 (340) Die EU muss weltpolitikfähig werden. Sie muss im Sinne universeller Werte und daraus  
 72 abgeleiteter Interessen die Regeln und Realitäten des internationalen Umfelds mitgestalten.  
 73 Eine geeinte Europäische Union kann sich in der globalisierten Welt als Akteurin behaupten  
 74 und demokratische und nachhaltig orientierte Gestaltungskraft entfalten. Die Grundlage dafür  
 75 bilden die Menschenrechte und die globalen Nachhaltigkeitsziele.

76 (341) Die EU muss ihre Soft Power nutzen, um die internationale Politik entscheidend  
 77 mitzugestalten. Dabei gilt es, nationale Interessen im Lichte des europäischen Gemeinwohls  
 78 und der europäischen Handlungsfähigkeit zu definieren und die Leitlinien der Mitgliedstaaten  
 79 in einer gemeinsamen außenpolitischen Strategie zu bündeln. Das Prinzip der Einstimmigkeit

80 soll durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden, um die gemeinsame Außen- und  
81 Sicherheitspolitik der EU (GASP/GSVP) zu stärken und so handlungsfähiger zu werden.

82 (342) Das Friedensprojekt Europa ist mehr als die EU. Daraus erwachsen Verpflichtungen im  
83 Erweiterungsprozess und in der Nachbarschaftspolitik. Die EU steht in der politischen  
84 Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen nicht zu enttäuschen und  
85 gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in den Beitrittsländern mitzugestalten.  
86 Partnerschaften, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Solidarität mit den Regionen vor Europas  
87 Haustür tragen zu Stabilität und Sicherheit bei. Die Östliche Partnerschaft der EU ist eine  
88 wichtige Säule, die auf demokratischer Solidarität und der selbstbestimmten Entwicklung der  
89 osteuropäischen Nachbarn basiert. Auch die Kooperationen mit Staaten in Nordafrika und dem  
90 Nahen Osten können Demokratisierung, Durchsetzung von Menschenrechten und wirtschaftliche  
91 Entwicklung stärken. Unter dieser Prämisse sollen sie ausgebaut werden. Die gemeinsamen  
92 europäischen Institutionen wie OSZE oder Europarat sind im Zusammenspiel mit einer starken  
93 Europäischen Union wichtige Plattformen einer multilateralen Weltordnung.

#### 94 **Bündnispolitik**

95 (343) Die Vereinten Nationen bilden den multilateralen Rahmen der internationalen  
96 Zusammenarbeit. Mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen erfordert von Deutschland und  
97 der EU, ihr Engagement finanziell, personell und diplomatisch substanziell zu verstärken,  
98 besser zu koordinieren und die internationalen Vereinbarungen auch konsequent und kohärent  
99 in nationale und europäische Politik umzusetzen. Dabei geht es um das Prinzip der Reform  
100 durch Stärkung. Das ist gerade wichtig, wenn nationale Egoismen zunehmen und wichtige  
101 Entscheidungen blockiert werden.

102 (344) Der Sicherheitsrat und andere Organe der Vereinten Nationen müssen an die Realitäten  
103 des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Das betrifft sowohl die strukturelle und finanzielle  
104 Ausstattung von VN-Organisationen als auch eine gerechtere Repräsentation der Regionen und  
105 der Beitragsleister im Sicherheitsrat.

106 (345) Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll als Sonderorganisation der VN und als  
107 wichtigste Organisation im Bereich der globalen Gesundheit gestärkt werden. Ihre Aufgabe  
108 kann sie nur mit einer ausreichenden Ausstattung und einem starken Mandat ausführen. Dafür  
109 sind deutlich höhere Beiträge an die WHO notwendig.

110 (346) Wenn multilaterale Prozesse in den Vereinten Nationen und der EU dauerhaft blockiert  
111 sind, braucht es im Sinne der Stärkung des internationalen Rechts und der internationalen  
112 Ordnung Vorreiter.

113 (347) In Zeiten von dysfunktionalen internationalen Institutionen bauen informelle Formate  
114 Brücken. Diese dürfen aber nicht Machtinstrumente gegenüber denen sein, die nicht an ihnen  
115 beteiligt sind. Zum Beispiel spielen die G20 eine wichtige Rolle für die internationale  
116 wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Bewältigung globaler Herausforderungen. Sie müssen  
117 für andere Akteure offen sein. Langfristig sollen die Beratungen der G20 in den Sozial- und  
118 Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen überführt werden.

119 (348) Neben der staatlichen Zusammenarbeit sind Bündnisse mit und zwischen Städten und  
120 Regionen, Wirtschaftsakteur\*innen sowie Zivilgesellschaften zentral. Nichtstaatliche Akteure  
121 gehören stärker in Aushandlungsprozesse auf bilateraler und multilateraler Ebene einbezogen  
122 und in ihrer Vernetzung untereinander unterstützt. Im Dialog mit der globalen  
123 Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft können neue Wege entwickelt und neue  
124 Bündnispartner\*innen gefunden werden, um die sozial-ökologische Modernisierung  
125 voranzutreiben. Auch wenn es noch keine Einigung auf ein internationales Vorgehen gibt, kann  
126 so in zentralen Bereichen wie beim Handel oder in der Flucht- und Migrationspolitik  
127 vorangegangen werden.

128 (349) Zu einer fairen Globalisierung gehört die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe  
129 genauso wie die Mitbestimmung und demokratische Organisierung auf kommunaler und regionaler  
130 Ebene.

131 (350) Die eigene kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu leben, ist für viele  
132 Menschen wesentlich. Statt in regionale Nationalismen, Unabhängigkeitsbestrebungen oder  
133 gewaltsame Konflikte zu verfallen, braucht es eine Politik für nationale Minderheiten, die  
134 deren Rechte auf kulturelle und sprachliche Vielfalt stärkt sowie gleichberechtigte  
135 gesellschaftliche Teilhabe und kulturelle Partizipation sichert und fördert.

### 136 **Globale Sicherheit**

137 (351) Eine an universeller Würde und Freiheit orientierte Politik denkt Sicherheit nicht von  
138 nationalen Grenzen, sondern von jedem einzelnen Menschen her. Zivile Krisenprävention,  
139 Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Ermächtigung marginalisierter  
140 Gesellschaftsgruppen, eine gewaltfreie Regelung von Konflikten, Wiederaufbau, Klima- und  
141 Umweltschutz, gerechte Ressourcenverteilung und die Geltung des internationalen Rechts sind  
142 Grundlage einer nachhaltigen Friedens- und Sicherheitspolitik. Dazu gehören auch die  
143 europäische Integration und die Beteiligung an Systemen kollektiver Sicherheit.

144 (352) Über Frieden und Sicherheit nachzudenken sollte nicht erst beginnen, wenn beides schon  
145 in Gefahr ist. Konsequenterweise auf alle Politikfelder angewandt kann das Prinzip der Vorsorge  
146 viel Leid verhindern.

147 (353) Zivile Krisenprävention muss noch stärker institutionell verankert werden. Dazu bedarf  
148 es ausreichender Analysekapazitäten, Regionalkompetenz, Wirkungsforschung, eines  
149 intensivierten Wissenstransfers zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und der  
150 unmittelbaren Verfügbarkeit von Personal und Material. Zivile Krisenprävention und  
151 politische Konfliktlösung haben unbedingt Vorrang vor dem Einsatz militärischer Gewalt. Wo  
152 sich multiple Krisen häufen, kommt es besonders darauf an, bei der Krisenprävention  
153 schneller besser zu werden.

154 (354) Das allgemeine Gewaltverbot der VN-Charta ist eine große Errungenschaft. VN-geführte  
155 Friedenseinsätze sind ein zentrales Instrument kollektiver Friedenssicherung und als solche  
156 trotz aller Defizite – gerade durch eine größere europäische Beteiligung an  
157 Blauhelmeinsätzen – zu stärken.

158 (355) Die Europäische Union ist eine Friedensmacht. Das Primat des Zivilen und das breite  
159 Spektrum ziviler Instrumente zeichnen sie aus. Friedensmissionen, zivile Krisenprävention,  
160 Diplomatie, internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Auswärtige Kultur- und  
161 Bildungspolitik, Mediation, die Bereitstellung von Zivil- und Polizeixperten,  
162 Rechtsstaatsförderung und gesellschaftliche Verständigungsarbeit sind die Stärken der  
163 Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Sie muss institutionell, personell und  
164 finanziell gestärkt und noch enger verzahnt werden.

165 (356) Maßgabe einer starken Außen- und Sicherheitspolitik sind der Schutz vor Gewalt und die  
166 gleichberechtigte Vertretung von Frauen auf allen Ebenen, bei allen Verhandlungen und in  
167 allen Gremien. Frauen sind fundamental für nachhaltige Versöhnungs- und Friedensprozesse. In  
168 der feministischen Außenpolitik stehen der Schutz und die Rechte aller marginalisierten,  
169 diskriminierten Bevölkerungsgruppen im Zentrum. Sie folgt dem Leitbild der „menschlichen  
170 Sicherheit“.

171 (357) Die Klimakrise ist ein globales Sicherheitsrisiko. Klimapolitik ist daher ein  
172 zentraler Bestandteil der globalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Dafür ist  
173 ein internationales Rahmenwerk auf VN- und EU-Ebene zur Vermeidung von Klima- und  
174 Umweltkonflikten erforderlich, um Staaten und Regionen, die besonders von den Folgen der

175 Klimakrise oder von Rohstoffknappheit, Dürren, Nahrungsknappheit und Überschwemmungen  
176 betroffen sind, zu schützen und zu unterstützen: die Responsibility to Prepare.

177 (358) Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und bleiben  
178 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Abrüstung und Rüstungskontrolle bedeuten global  
179 mehr Sicherheit für alle. Es braucht ein strenges Regelwerk zur Abrüstung und zum Verbot von  
180 chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Massenvernichtungswaffen. Dazu gehört  
181 eine Unterstützung des VN-Atomwaffenverbotsvertrags. Der Anspruch ist nichts Geringeres als  
182 eine atomwaffenfreie Welt.

183 (359) Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren, menschenrechtsverachtende Regime  
184 und in Kriegsgebiete verbieten sich. Es braucht eine gemeinsame restriktive europäische  
185 Rüstungsexportkontrolle mit starken Institutionen und im Einklang mit den EU-Leitlinien für  
186 Rüstungsexporte. EU-Mitgliedstaaten, die gegen verbindliche europäische  
187 Rüstungsexportkriterien verstoßen, müssen mit Sanktionen rechnen. Der Einsatz von  
188 Sicherheitsfirmen in internationalen Konflikten muss streng reguliert und private  
189 Militärfirmen müssen verboten werden.

190 (360) Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner Steuerung mehr durch den Menschen bei  
191 Auswahl und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare Bedrohung dar. Um  
192 diese Entwicklung zu stoppen, braucht es international klare ethische Regeln und Verbote.  
193 Weiterentwickelte, verbindliche Regeln sollen eine Militarisierung des Weltraumes  
194 verhindern.

195 (361) Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen sich gegen Angriffe auf ihre  
196 kritische Infrastruktur schützen. Um Angriffe über und auf das Internet zu verhindern,  
197 braucht es mehr eigene Anstrengung zur Sicherung der Infrastruktur und ein internationales  
198 Vertragswerk.

199 (362) Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bringt immer massives Leid mit sich. Wir  
200 wissen aber auch, dass die Unterlassung in einzelnen Fällen zu größerem Leid führen kann.  
201 Handlungsleitend in der internationalen Sicherheitspolitik ist auch das erweiterte VN-  
202 Konzept der Schutzverantwortung (Responsibility to Prevent, Protect, React, Rebuild), das  
203 uns als internationale Gemeinschaft verpflichtet, Menschen vor schwersten  
204 Menschenrechtsverletzungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Zentral für  
205 Frieden, Versöhnung und Gerechtigkeit ist auch der Einsatz gegen die Straflosigkeit solcher  
206 Menschenrechtsverbrechen.

207 (363) Der Einsatz von militärischer Gewalt ist immer nur äußerstes Mittel. Bewaffnete  
208 Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind einzubetten in ein System gegenseitiger kollektiver  
209 Sicherheit und in ein politisches Gesamtkonzept, basierend auf dem Grundgesetz und dem  
210 Völkerrecht. Bei Eingriffen in die Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche  
211 Souveränität fehlt, braucht es ein Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht im  
212 Sicherheitsrat missbraucht wird, um schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken,  
213 steht die Weltgemeinschaft vor einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und  
214 Völkerrecht schädigt wie Handeln.

215 (364) Die Bundeswehr ist eine in internationalen Bündnissen verankerte Parlamentsarmee.  
216 Daraus erwächst eine Fürsorgepflicht des Parlaments gegenüber den Soldat\*innen sowie die  
217 Verpflichtung, sie entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben auszustatten. Der Auftrag  
218 und die Aufgaben der Bundeswehr orientieren sich an den realen Herausforderungen für  
219 Sicherheit und Friedenssicherung. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner verlassen  
220 können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen. Direkte  
221 Einsätze im Rahmen der VN haben dabei Vorrang vor Einsätzen der EU oder der NATO.

222 (365) Die Prinzipien der „Inneren Führung“ und der „Staatsbürger\*innen in Uniform“ binden  
 223 die Soldat\*innen an die Gesellschaft und die Werte und Normen des Grundgesetzes. Eine  
 224 Bundeswehr, die fest in unserer Gesellschaft verankert ist, muss die Vielfalt der  
 225 Gesellschaft abbilden. Das betrifft den Anteil von Menschen unterschiedlicher sozialer  
 226 Herkunft, mit und ohne Migrationserfahrung, von People of Color sowie von Frauen, die in der  
 227 Bundeswehr beschäftigt sind. Menschenfeindliche Ideologien und rechte Strukturen in der  
 228 Bundeswehr müssen konsequent verfolgt und zerschlagen werden. Unsere Geschichte lehrt uns,  
 229 wie unersetzlich Demokratiebildung und antifaschistische Grundwerte gerade in einer Armee  
 230 sind.

231 (366) Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss die Europäische Union ihrer  
 232 Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame  
 233 Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU setzt eine gemeinsame EU-Außenpolitik voraus.  
 234 Es braucht eine Sicherheitsunion, die parlamentarisch kontrolliert ist. Anstatt immer mehr  
 235 Geld in nationale militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte  
 236 Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut und militärische Fähigkeiten sollten  
 237 gebündelt werden. Dafür braucht es eine geeignete Ausstattung, den Ausbau von EU-Einheiten  
 238 sowie eine Stärkung des gemeinsamen europäischen Hauptquartiers.

239 (367) Die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union muss strategisch,  
 240 vorausschauend, umfassend und schnell handlungsfähig sein. Dazu braucht es eine gemeinsame  
 241 Analysefähigkeit sowie eine Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Schritt für  
 242 Schritt sollen immer mehr Entscheidungen in diesem Bereich mit qualifizierter Mehrheit  
 243 getroffen werden können.

244 (368) Die NATO ist auf absehbare Zeit ein unverzichtbarer und sicherheitspolitischer  
 245 Renationalisierung entgegenwirkender Bestandteil der europäischen Sicherheitsarchitektur  
 246 sowie der transatlantischen Beziehungen. Sie leidet unter divergierenden  
 247 sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz und einer unklaren strategischen  
 248 Perspektive. Es braucht eine strategische Neuausrichtung. Mit einer stärkeren militärischen  
 249 Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU und mit den europäischen NATO-Partnern  
 250 Großbritannien und Norwegen können europäische strategische Interessen geschlossen und  
 251 durchsetzungsstärker vertreten werden.

252 (369) Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU. Wir  
 253 teilen die Vision einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung innerhalb des OSZE-Raums. Die  
 254 OSZE braucht eine Stärkung, um das Ziel eines Systems kollektiver Sicherheit in ganz Europa  
 255 voranzubringen.

## 256 **Globale Strukturpolitik**

257 (370) In einer verflochtenen Welt verbinden und überkreuzen sich alle Bereiche der Politik.  
 258 Globale Strukturpolitik muss sich für die sozial-ökologische Transformation von einer  
 259 „Politik nach außen“ lösen und einen abgestimmten, vernetzten Ansatz verfolgen. Das heißt  
 260 auch, das Denken in einzelnen Ressorts zu beenden und innere Widersprüche im  
 261 Regierungshandeln konsequent auszuräumen. Alle politischen Entscheidungen müssen einem  
 262 verpflichtenden Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden.

263 (371) Handlungsrahmen für das Gesamtregierungshandeln sind die Menschenrechte, die  
 264 Klimaziele von Paris und die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für eine nachhaltige  
 265 Entwicklung. Sie sind Voraussetzung dafür, Strukturen global und nachhaltig gestalten zu  
 266 können. So konnten Erfolge bei der Bekämpfung von Armut und Hunger sowie beim Zugang zum  
 267 Gesundheits- und Bildungssystem erreicht werden. Das Recht auf Entwicklung gilt weltweit. Um  
 268 die globalen Nachhaltigkeitsziele einzuhalten und das globale Zusammenleben möglichst  
 269 krisenfest zu gestalten, braucht es kohärente Politik in allen Politikfeldern.

270 (372) Internationale Zusammenarbeit mit Staaten und Zivilgesellschaften in ärmeren Regionen  
 271 der Welt ist weder auf Entwicklungszusammenarbeit zu reduzieren noch einseitigen  
 272 wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Interessen unterzuordnen. Internationale  
 273 Zusammenarbeit basiert vielmehr auf rechtebasierter Kooperation, dem Partnerschaftsprinzip  
 274 bei globalen Herausforderungen, auf Selbstbestimmung und hat globale Gerechtigkeit und die  
 275 Sicherung globaler öffentlicher Güter zum Ziel.

276 (373) Die Fehler der Ausbeutung von Mensch und Natur müssen überwunden werden durch ein  
 277 faires und nachhaltiges Wachstums- und Wohlstandsmodell. Aus den Verbrechen des  
 278 Kolonialismus erwächst für Deutschland und Europa eine besondere Verantwortung.  
 279 Wertegeleitete Politik hat ihr Handeln konsequent auf friedens-, menschenrechts- und  
 280 klimapolitisch kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und Schädliches zu unterlassen.

281 (374) Es braucht eine starke öffentliche Säule der Entwicklungsfinanzierung. Sie gehört  
 282 wirksam ausgeweitet und verbessert. Die globale Transformation bedeutet vor allem in ärmeren  
 283 Ländern massive Investitionen. Diese nachhaltig, sozial-ökologisch und auf lokale  
 284 Bedürfnisse ausgerichtet bereitzustellen, muss ein zentrales Ziel der globalen  
 285 Finanzierungsarchitektur sein. Internationale Zusagen müssen verbindlich eingehalten und die  
 286 Förderung der Geschlechtergerechtigkeit muss berücksichtigt werden. In der internationalen  
 287 Klimafinanzierung stehen die Industriestaaten gegenüber den ärmeren Ländern bei der  
 288 Anpassung und bei der Bewältigung von Schäden und Verlusten in der Verantwortung.

289 (375) Als weltweit größte Geberin hat die EU ein großes Potential für mehr Kohärenz und  
 290 Effizienz in der globalen Strukturpolitik. Ziel ist mittelfristig eine europäische  
 291 Vergemeinschaftung der nationalen Entwicklungspolitiken der Mitgliedstaaten. Eine gemeinsame  
 292 europäische Entwicklungszusammenarbeit soll zu einem Kern des gemeinsamen europäischen  
 293 Handelns werden.

294 (376) Nachhaltiger Frieden und Demokratie sind auf eine aktive Zivilgesellschaft angewiesen.  
 295 Eine lebendige Zivilgesellschaft trägt dazu bei, Korruption und soziale Ungleichheit zu  
 296 bekämpfen. Daher gilt es, die Handlungsspielräume einer kritischen Zivilgesellschaft global  
 297 zu verteidigen und die Selbstorganisationskräfte der Zivilgesellschaft zu stärken und zu  
 298 erweitern.

## 299 **Handel**

300 (377) Internationaler Handel verbindet Menschen und Staaten, ermöglicht Teilhabe an Gütern  
 301 und Dienstleistungen und die Verbreitung von Innovationen. Handel ist kein Selbstzweck,  
 302 sondern dient einem gerechten Wohlstand und damit der menschlichen Entfaltung. Er soll fair  
 303 gestaltet und demokratisch kontrolliert werden. Er muss zur Umsetzung der VN-  
 304 Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens beitragen, anstatt diese zu  
 305 konterkarieren.

306 (378) Eine demokratische Welthandelsordnung unter dem Dach einer reformierten WTO soll für  
 307 den regelgebundenen Ausgleich von Interessen stehen. Auch fortschrittliche bilaterale  
 308 Abkommen sind wichtige Schritte auf diesem Weg, wenn sie transparent und demokratisch  
 309 zustande kommen und sich an globalen Gemeinwohlinteressen ausrichten.

310 (379) Europäische Handelspolitik ist ein starkes Instrument, um Umwelt-, Tier- und  
 311 Klimaschutz, die Einhaltung der Menschenrechte und soziale Standards wie den Schutz von  
 312 Arbeitnehmer\*innen-Rechten mit Wirtschaftsinteressen in Einklang zu bringen und weltweit  
 313 durchzusetzen. Bereiche der Daseinsvorsorge, also öffentliche Güter wie beispielsweise  
 314 Bildung, Gesundheit, soziale Sicherheit oder Wasser, sind staatliche Aufgaben und  
 315 unterliegen einem öffentlichen Interesse. Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne sind  
 316 auszuschließen.

317 (380) Es braucht weltweit eine regionale Versorgungssicherheit mit überlebensnotwendigen  
 318 Lebens- und Arzneimitteln. Daher dürfen diese nicht allein krisenanfälligen globalen  
 319 Lieferketten überlassen werden, sondern müssen auch im europäischen Binnenmarkt produziert  
 320 werden können.

321 (381) Handelsabkommen sind stark, wenn sie regionale Wirtschaftskreisläufe beachten und  
 322 Instrumente beinhalten, welche die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele sichern, wie zum  
 323 Beispiel Mindeststandards oder Handelsbeschränkungen.

324 (382) Fairer Handel braucht einen Abbau der Ungleichgewichte im Welthandel und in der  
 325 Eurozone. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung und sollte mit öffentlichen  
 326 Investitionen, guten Löhnen oder einer Stärkung der Binnennachfrage seinen  
 327 Handelsbilanzüberschuss schrittweise reduzieren.

328 (383) Ärmere Länder sind im Welthandel mit einer asymmetrischen Zollpolitik zu stärken. Sie  
 329 sollen souverän entscheiden, welche Bereiche ihrer Wirtschaft sie öffnen und welche sie  
 330 vorerst schützen wollen. Industriestaaten müssen unter Berücksichtigung hoher ökologischer  
 331 und sozialer Standards ihre Märkte hingegen für diese Länder öffnen und sollen Exporte nicht  
 332 subventionieren, die lokale Märkte zerstören. Denn formal gleiche Rechte bei ungleich  
 333 verteilter ökonomischer Macht führen zu ungerechten Ergebnissen.

334 (384) Herstellung, Produktion und Transport der Waren für den europäischen Markt müssen frei  
 335 sein von ausbeuterischer Arbeit, Menschenrechtsverletzungen, Kinderarbeit und  
 336 Umweltzerstörung. Dafür soll Fair Trade Standard werden. Das gilt für den gesamten Weg der  
 337 Lieferketten und ist über vollständige Transparenz, etwa durch digitale Verfahren, sowie  
 338 über gesetzliche Verpflichtungen herzustellen. Dabei kommt der öffentlichen Hand als weitaus  
 339 größtem Beschaffer eine besondere Verantwortung zu.

#### 340 **Finanzmärkte und Währungsordnung**

341 (385) Unregulierte globale Finanzmärkte haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine schwere  
 342 Wirtschaftskrise ausgelöst und weltweit für schwere Verwerfungen gesorgt. Kurzfristige,  
 343 spekulative Finanzströme sollen daher reguliert, verteuert und notfalls verboten werden.  
 344 Auch mit Steuerumgehung und nicht gesicherten Spekulationen soll künftig kein Geld mehr  
 345 verdient werden. Steuersümpfe müssen trockengelegt und internationale Steuerhinterziehung  
 346 muss bekämpft werden.

347 (386) Nachhaltige internationale Direktinvestitionen fördern die weltweite Entwicklung und  
 348 gehören zu einer starken europäischen Außenwirtschaftspolitik. Eine gerechte  
 349 Weltwährungsordnung ermöglicht allen Ländern – nicht nur den wohlhabenden – eine  
 350 langfristige und damit verlässliche Finanzierung von Investitionen. Neben einer Regulierung  
 351 von kurzfristigem Kapitalverkehr braucht es dafür die Stabilisierung von Wechselkursen.

352 (387) Nur globale öffentliche Institutionen können gegen spekulative Attacken auf Staaten  
 353 und ihre Währungen absichern. Langfristiges Ziel ist daher eine weltweite Kooperation der  
 354 Zentralbanken sowie eine Stärkung und Demokratisierung des Internationalen  
 355 Währungsfonds (IWF). So soll Liquidität sichergestellt, dem globalen Finanzmarkt ein  
 356 stabiler Rahmen gesetzt und Krisen sollen so verhindert werden. Die Europäische Zentralbank  
 357 steht schon jetzt in der Verantwortung, die Auswirkungen ihrer Politik auf weniger und am  
 358 wenigsten entwickelte Länder zu berücksichtigen sowie Wechselkurse zu stabilisieren und  
 359 abzusichern. So hilft europäische Geldpolitik, spekulative Kapitalflucht aus diesen Ländern  
 360 zu vermeiden und deren Entwicklung zu fördern.

361 (388) Schulden können – wenn das Geld gut investiert wird – Entwicklung fördern und die  
 362 notwendige Finanzierung für die sozial-ökologische Transformation bereitstellen.  
 363 Überschuldung hingegen schadet insbesondere den Ärmsten der Armen. Aber sie bremst auch die



364 Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, gefährdet Gesundheitsversorgung, Bildung und  
365 Infrastruktur in vielen Ländern. Die internationale Gemeinschaft muss regelbasierte  
366 Verfahren ermöglichen, um bei Zahlungsunfähigkeit von Staaten durch Schuldenerlasse,  
367 Zahlungsaufschübe oder einen Schuldenschnitt einen Ausgleich zu finden.

368 (389) Zu einer weltpolitikfähigen EU gehört eine sichere und starke Währung. Der Euro soll  
369 zu einer globalen Leitwährung werden. Voraussetzung dafür sind eine gemeinsame Fiskalpolitik  
370 der EU sowie die Herausgabe sicherer und liquider gemeinsamer Anleihen, abgesichert mit  
371 eigenen Steuerquellen. Europas strategische Souveränität soll auch durch eigene europäische  
372 Zahlungssysteme und ein digitales Zentralbankgeld sichergestellt werden.

### 373 **Migration und Flucht**

374 (390) Migration ist etwas zutiefst Menschliches und war stets Triebfeder für Entwicklung und  
375 globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von Austausch und Innovation. Migration ist kein  
376 Ausnahmezustand, sondern prägt und verändert seit Jahrhunderten auch unsere Gesellschaft und  
377 unseren Alltag auf allen Ebenen. Unsere Demokratie ist keine, in der Zugehörigkeit auf  
378 Herkunft basiert, sondern eine offene Gesellschaft, in der wir uns gemeinsam darüber  
379 verständigen, wie wir zusammenleben wollen.

380 (391) Der Globale Pakt für Migration stärkt und sichert die Rechte und die Freiheit von  
381 Menschen, die nicht in ihrem Geburtsland leben, arbeiten oder zur Schule gehen. Er ist  
382 Grundlage für die internationale Verständigung zum rechtebasierten Umgang mit Migration und  
383 soll in diesem Sinne weiterentwickelt werden. Seine Prinzipien müssen national verbindlich  
384 umgesetzt werden.

385 (392) Migration braucht legale Zugangswege. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb  
386 braucht es ein Einwanderungsgesetz mit fairen und diskriminierungsfreien Kriterien für  
387 legale Einwanderung. Das schließt ein Recht auf Familienleben mit ein sowie dass Menschen  
388 ihren Status wechseln und zwischen ihrem Herkunftsland und dem Wohnort hin- und herreisen  
389 können. Menschen, die hier leben, sollen schnell den Zugang zu staatsbürgerlichen Rechten  
390 bekommen. Dafür braucht es ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, das mehrere  
391 Staatsbürgerschaften ermöglicht.

392 (393) Menschen, die aufgrund von politischer Verfolgung, Folter, massiven  
393 Menschenrechtsverletzungen oder Krieg gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, werden durch  
394 das Asylrecht geschützt. Das international verankerte Recht, in einem anderen Land Schutz zu  
395 suchen, beruht auf den Lehren aus dem Menschheitsverbrechen der Shoah. Die völkerrechtlich  
396 verbindlichen Regeln, insbesondere der Genfer Flüchtlingskonvention, gelten universell und  
397 uneingeschränkt für alle Geflüchteten. Das individuelle Grundrecht auf Asyl ist Grundpfeiler  
398 einer menschenrechtsorientierten Politik und muss unangetastet bleiben. Der Globale Pakt für  
399 Flüchtlinge steht für das Bestreben, Flucht international menschenwürdig zu gestalten und  
400 die Rechte der Betroffenen zu schützen. Entsprechend muss der internationale Umgang mit  
401 Geflüchteten rechtebasiert weiterentwickelt werden.

402 (394) Egal wo jemand herkommt, egal wo jemand hinwill oder aus welchem Grund ein Mensch in  
403 Seenot ist: Menschen sind aus Lebensgefahr zu retten und an einen sicheren Ort zu bringen.  
404 Dort, wo Menschen in Not sind, haben Staaten die Verantwortung, Rettungen zu koordinieren  
405 und zu organisieren. Dafür braucht es ein gemeinsames EU-Seenotrettungssystem.  
406 Hilfsorganisationen, die Menschen aus Seenot retten, müssen unterstützt und dürfen nicht  
407 kriminalisiert werden.

408 (395) Die weltweite Zahl von Menschen auf der Flucht steigt auch durch klimabedingte  
409 Katastrophen, die wiederum bestehende Konflikte weiter verschärfen. Ziel muss sein, durch  
410 Klimaanpassung und -schutz zu verhindern, dass Menschen aufgrund der Klimafolgen ihre Heimat  
411 verlassen müssen. Menschen, denen Staatenlosigkeit droht oder die dauerhaft ihre Heimat

412 verlieren, brauchen Möglichkeiten zur würdevollen Migration. Sie dürfen nicht in eine  
413 Schutzlücke geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus.

414 (396) Menschen brauchen Perspektiven. Duldungen bedeuten einen Zustand in der Schwebelage,  
415 fortdauernde Unsicherheit und Perspektivlosigkeit. Ein solcher Ausnahmezustand muss Ausnahme  
416 bleiben. Menschen, die dauerhaft hier leben, brauchen ein Bleiberecht. Abschiebungen in  
417 Kriegs- und Krisengebiete verbieten sich.

418 (397) Rechtsstaatliche, schnelle und geordnete Verfahren ermöglichen die Wahrnehmung der  
419 menschenrechtlichen und humanitären Verantwortung der EU. Abschottung ist nicht nur inhuman,  
420 sondern führt zu Chaos. Rechtsstaatlich kontrollierte EU-Außengrenzen, eine zuverlässige  
421 Registrierung – perspektivisch über eine eigene europäische Asylbehörde – sowie ein  
422 einheitliches europäisches Asylsystem, das die Verantwortung innerhalb der EU fair verteilt,  
423 sind die Grundlagen einer gemeinsamen EU-Asylpolitik. Grenzen sind nur rechtsstaatlich  
424 geschützt, wenn Menschenrechte an diesen Grenzen geschützt werden.

425 (398) Nicht jede\*r hat das Recht auf Asyl, aber jede\*r hat das Recht auf ein  
426 rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung sowie auf eine würdige Unterbringung  
427 und Behandlung. Zugang zu rechtlicher Beratung und Widerspruchsmöglichkeiten sowie zu  
428 ärztlicher Versorgung muss in dieser Zeit gewährleistet sein.

429 (399) Um eine humanitäre Versorgung von geflüchteten Menschen auch außerhalb der  
430 Europäischen Union zu unterstützen, sind Kooperation und Solidarität mit Nachbarstaaten und  
431 weiteren Aufnahmeländern notwendig. Kooperationen mit Drittstaaten dürfen jedoch nicht zu  
432 Menschenrechtsverletzungen führen oder zum Ziel haben, Schutz in Europa unmöglich zu machen.  
433 Besonderen Schutz brauchen vulnerable Gruppen wie zum Beispiel Frauen, Kinder, LGBTIQ, alte  
434 und kranke Menschen.

435 (400) Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die Gründe für Flucht und nicht die Menschen  
436 auf der Flucht zu bekämpfen. Europäische Politik muss sich danach ausrichten, die  
437 politischen Herausforderungen global zu denken und auch lokal dafür Sorge zu tragen, globale  
438 Gerechtigkeit zu stärken. Europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder  
439 Rüstungsexportpolitik muss konsequent auf ihre sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen  
440 Wirkungen in Drittstaaten überprüft werden und nach dem Pariser Klimaabkommen, den  
441 Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen sowie den Menschenrechten gestaltet sein.

442 (401) Im Zentrum unserer Asyl- und Migrationspolitik steht der Mensch in seiner Würde und  
443 Freiheit. Unser Ziel ist eine Welt, in der Menschen nicht zur Flucht gezwungen werden.